

6. Für eine zeitgemässe dezentrale Organisation des Kantons Zürich

Behördeninitiative Gemeinderat Wallisellen, Gemeinderat Dietlikon, Gemeinderat Embrach, Gemeinderat Freienstein-Teufen, Stadtrat Opfikon, Stadtrat Bülach vom 8. Oktober 2021

KR-Nr. 376/2021

Ordnungsantrag

Ratspräsident Benno Scherrer: Alex Gantner beantragt freie Debatte. Für die Annahme dieses Ordnungsantrags braucht es 60 Stimmen.

Abstimmung

Für den Antrag auf freie Debatte stimmen 88 Ratsmitglieder. Das Quorum ist erreicht worden.

Das Geschäft wird in freier Debatte behandelt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraph 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von wenigstens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Die SVP wird die Behördeninitiative nicht vorläufig unterstützen. Die SVP anerkennt durchaus, dass die funktionalen Räume und die Einzugsgebiete, in welchen sich die Gemeinden organisieren, nicht immer deckungsgleich mit den Bezirksgrenzen sind. Dass die Städte und die Gemeinden Opfikon, Dietlikon und Wallisellen innerhalb der Flughafenregion Synergiepotenzial sehen, dafür hat die SVP durchaus Verständnis. Es ist denn auch nachvollziehbar, dass diese drei Städte und Gemeinden diesen Vorstoss mittragen, wobei es auch anzumerken gibt, dass mit dem Verein FRZ, Flughafenregion Zürich, ein Akteur besteht, welcher sich sehr erfolgreich bezirksübergreifend für die Region einsetzt.

Die Behördeninitiative will jedoch weit mehr als die Bildung eines neuen Bezirks Glatttal. Sie verlangt nämlich unter anderem auch die Fusion der Bezirke Hinwil und Pfäffikon. Und interessanterweise finden sich aus diesen beiden betroffenen Bezirken keine Gemeinden, welche diesen Vorstoss offiziell mitunterstützt haben. Glauben denn die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates aus Freienstein-Teufen zu wissen, welche Bedürfnisse die Bevölkerung in Wald oder Rüti hat? Sollen die Menschen im Zürcher Oberland neu einen halbstündigen Fahrtweg mit dem Auto zurücklegen, um an den Bezirkshauptort zu gelangen? Offenbar scheint dies der Behörde aus Freienstein-Teufen egal zu sein, solange die eigene Bevölkerung nur zehn Minuten mit dem ÖV von Freienstein nach Bülach benötigt.

Neben der Fusion im Oberland verlangt die Behördeninitiative im Unterland zudem die Auflösung respektive die Spaltung des Bezirks Dielsdorf und die faktische Einverleibung in den Bezirk Bülach. Und auch dazu stellt sich die Frage, was sich beispielsweise der Gemeinderat Embrach anmasst, die Aufspaltung des Bezirks Dielsdorf im Kantonsrat einzufordern. Ich kann es Ihnen sagen: Embrach ist Standortgemeinde der KZU, des Kompetenzzentrums Gesundheit Zürcher Unterland, ein wichtiger Pflegeversorger im Zürcher Unterland. Meine Gemeinde Niederglatt ist am KZU beteiligt, aber nicht nur: Wir sind auch als Gemeinde insbesondere am Gesundheitszentrum Dielsdorf beteiligt. Und wie auch das KZU leistet auch das Gesundheitszentrum Dielsdorf sehr gute Arbeit im Bezirk Dielsdorf; dies im Bereich der ambulanten und stationären Pflegeversorgung. Diese Koexistenz von KZU und Gesundheitszentrum Dielsdorf finde ich bereichernd. Aber offenbar setzt der Gemeinderat Embrach alles daran, damit das KZU in Embrach mit einem «Unfriendly Takeover» den erfolgreichen Marktbegleiter aus dem Nachbarbezirk Dielsdorf übernimmt. Der Vorstoss ist insofern ein direkter Angriff nicht nur auf die Bezirke, sondern auch auf die Institutionen, beispielsweise ein eigenständiges Gesundheitszentrum Dielsdorf, und es ist ein Angriff auf diverse etablierte Zweckverbände.

Aber auch abgesehen von den erwähnten Gebietsveränderungen stösst die Initiative unter Federführung des Bülacher Stadtrats in der SVP auf grosses Unverständnis. Statt Gemeinden und Bezirke und die Demokratie zu stärken, wollen die Initianten, dass die Bezirke faktisch entmachtet und die Gemeinden möglichst viele Aufgaben den Planungsregionen abtreten, Planungsregionen notabene, deren Akteure nicht mal direkt vom Volk gewählt sind. Weiter werden die bestehenden Zweckverbände gezwungen, abermals ihre Statuten anzupassen, und das genau jetzt, wo mit viel Geld und zeitlichem Aufwand die Statuten wegen dem Gemeindegesetz bereits angepasst wurden. Aber auch an das Vereinswesen haben die Initianten nicht gedacht. Vereine sind mit ihren Verbänden oftmals bezirksweise organisiert. Auch sie müssten ihre Strukturen auflösen und verändern, weil es nach Vorgaben der Initianten keinen Bezirk Dielsdorf mehr gibt, keinen Bezirk Bülach, keinen Bezirk Pfäffikon und keinen Bezirk Hinwil.

Abgesehen von all diesen Aspekten gibt es aber auch noch einen ganz wesentlichen Punkt, nämlich die Einheit der Materie. Die Initianten verlangen gleichzeitig die Bildung eines Bezirks Glatttal, die Fusion im Oberland, die Auflösung des Bezirks Dielsdorf im Unterland, viertens, die Degradierung der jetzigen Bezirksämter und, fünftens, den Ausbau des Tätigkeitsgebiets der Planungsregionen oder Planungsregionen. Wie soll ein Wähler bitteschön, wenn er die Fusion im Oberland beispielsweise begrüsst, die Bildung eines Bezirks im Glatttal aber ablehnt, sich an der Urne entscheiden? Mit Verlaub, aber die Initianten – Sie verzeihen mir das – haben dermassen viele Themen in einem Vorstoss «verwurstet», dass eine Volksabstimmung darüber gar nicht statthaft und zulässig wäre.

Sie merken also, dieser Vorstoss irritiert und mit ihm der Stadtrat Bülach als Hauptinitiant. Als Gemeindepräsident von Niederglatt bin ich mir der geografischen Nähe zu Bülach durchaus bewusst. Wir haben beispielsweise unsere Ergän-

zungsleistungen, den Vollzug der Ergänzungsleistungen, an die Stadt Bülach ausgelagert. Wir fühlen uns aber dennoch primär dem Bezirk Dielsdorf zugehörig. Mit der Brechstange sich den Nachbar oder Teile des Nachbarn einzuverleiben, ohne mit dem Nachbarn – und da spreche ich nicht nur für Niederglatt, sondern für alle Gemeinden im Bezirk Dielsdorf –, ohne mit dem Nachbarn gesprochen zu haben, das mag in der Weltpolitik leider vorkommen (*Anspielung auf den Krieg in der Ukraine*), passt aber überhaupt nicht zur Schweiz und zu unserem Kanton Zürich. Der Kantonsrat tut gut daran, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche Fusionen und Gebietsänderungen nicht verunmöglicht, aber die Direktbetroffenen letztendlich entscheiden: Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Und unter diesem Titel wird die SVP einen Vorstoss vorbereiten. Interessierte Mitunterzeichner dürfen sich gerne bei mir melden. Lehnen Sie bitte diese Behördeninitiative entschieden ab. Besten Dank.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Grundsätzlich unterstützt die SP die vorliegende Behördeninitiative. Die Initiative stammt aus der Feder von Gemeindevertreterinnen und -vertretern, die massgeblich am Projekt «Gemeinden 2030» des GPV (*Gemeindepräsidienverband*) beteiligt sind. Im Rahmen des Projekts «Gemeinden 2030» wurden neun Handlungsfelder identifiziert, von welchen eines sich mit dem Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit und mit der Reform von regionalen Gebietsstrukturen befasst. Inhaltlich wollen wir uns heute nicht vertieft äussern und auf die konkreten Vorschläge eingehen. Wir begrüssen die vorliegende Behördeninitiative als Einladung zum Weiterdenken und als Aufforderung an den Kantonsrat, sich auch oder sich noch intensiver mit den regionalen Strukturen zu befassen. Wir hoffen, dass die vorläufige Unterstützung gelingt und dass wir in der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) die Möglichkeit erhalten, diese wichtige Frage der Gebietsstrukturen umfassend mit allen Stakeholdern diskutieren zu können.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Die Behördeninitiative der genannten Gemeinden will nicht mehr und nicht weniger, als den Kanton Zürich umkrepeln. Die Maximalzahl (*der Bezirke*) soll auf zehn beschränkt werden, diverse Bezirke sollen zusammengelegt werden, so Hinwil und Pfäffikon, Bülach und Dielsdorf, und das in unterschiedlichen Varianten. Es geht aber nicht nur um eine geografisch-organisatorische Änderung, auch politische Gewichte sollen von den Bezirken hin zu den Planungsregionen verschoben werden. Die Frage stellt sich dann: Wie wird das neue Konstrukt demokratisch legitimiert? Die Bezirksbehörden werden durch das Volk gewählt. Wie wäre das dann bei den Planungsregionen?

Die Bezirke waren intensiver Beratungsgegenstand im Verfassungsrat, doch letztlich wollte man keine Änderung. Das hat das Volk in der Volksabstimmung über die Verfassung so bestätigt. Auch wenn die heutige Struktur der Bezirke mit Ausnahme von Dietikon, der 1989 gegründet worden ist, seit 200 Jahren fast unverändert ist, wäre ein solch tiefgreifendes Projekt viel breiter abzustützen als nur gerade von ein paar Gemeinden im Zürcher Unterland, insbesondere, wenn diese die Forderung aufstellen, die Bezirke Hinwil und Pfäffikon zusammenzulegen.

Sind diese gefragt worden? Was ist ihre Haltung? Was ist die Haltung der übrigen Bezirke? Was ist die Haltung der Städte? Was ist die Haltung von Zürich, von Winterthur, von Uster? Mich würde das interessieren.

Etwas mehr Transparenz wäre gut, zumal der ganze Kanton davon betroffen ist. Und das gerade heute niemand von den Profis, von den Gemeindeprofis, auf die Idee gekommen ist, die Initiative hier selbst vorzustellen, ein Gesuch bei der Geschäftsleitung zu stellen, um selbst eben diese Vorlage vorzustellen zu können, ist schon etwas speziell. Diese Behördeninitiative ist zu wenig breit abgestützt, als dass sie die FDP hier und heute unterstützen könnte. Wir unterstützen nicht vorläufig.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Diese Behördeninitiative stellt uns vor eine äusserst interessante und anspruchsvolle Aufgabe. Sollen die Bezirksstrukturen neu organisiert werden? Und wenn ja, wie? Das Thema ist multidimensional und beinhaltet die Aspekte Geografie, Sinn und Grösse von funktionalen Räumen, Zusammenarbeitsformen und nicht zuletzt den Istzustand der Strukturen auf Ebene der heutigen Bezirke.

Die Einteilung des Kantons Zürich in die heutigen zwölf Bezirke ist weitgehend seit der napoleonischen Zeit unverändert. In diesen Bezirken gibt es zuerst einmal die Strukturen und Institutionen, welche die vom Kanton definierten staatlichen Aufgaben wahrnehmen: Bezirksräte, Gerichte, das Gesundheitswesen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Daneben gibt es aber auch zum Beispiel auf der Ebene von Wirtschaft und Gesellschaft gewachsene Strukturen, wie zum Beispiel Industrieverbände oder Sportverbände. Was hätte die Änderung der geografischen Einteilung der Bezirke für Auswirkungen auf alle diese Strukturen?

Auf der Ebene der Gemeinden findet eine Zusammenarbeit in ganz unterschiedlichen Strukturen statt: Kreisgemeinden, Zweckverbände, Gesellschaften. Und wenn man die Lupe nimmt und die Situation in einzelnen Gemeinden anschaut, stellt man fest, dass viele davon – vielleicht mit Ausnahme der ganz grossen Gemeinden – Teil einer Vielzahl von unterschiedlichen und unterschiedlich grossen Räumen sind, je nachdem, ob es um die Feuerwehr, die Sekundarschule oder die Abwasserreinigung geht. Würde die Idee von festen funktionalen Räumen hier mehr Synergien bringen? Würde vermehrt in den definierten Räumen zusammengearbeitet werden, unabhängig vom Zweck? Hindert heute das Fehlen von solchen definierten funktionalen Räumen die Gemeinden daran, die bestmögliche Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft anzustreben? Oder existieren solche funktionalen Räume heute schon als natürlich gewachsene Einheiten?

Ich komme aus einem Bezirk mit 22 Gemeinden. Einige davon sind aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl ganz offensichtlich sehr daran interessiert, eng mit Nachbargemeinden zusammenzuarbeiten. Hätte eine Neuorganisation der Bezirke und die Schaffung von funktionalen Räumen Einfluss auf Gemeindefusionen oder eben gerade nicht? Das ist eine weitere interessante Frage, die wir hier noch offenlassen. Planungsregionen: Wie weit sind diese von den Bezirksstrukturen abhängig? Sind die heutigen Bezirke hinderlich beim Erzielen der bestmöglichen Lösungen?

Wenn der Kanton Zürich eine einzige grüne Wiese wäre und man neue Bezirke und funktionale Räume schaffen würde, so würde sich selbstverständlich ein ganz anderes Bild ergeben, als wie man es heute antrifft. Aber ausgehend von der heutigen Situation, muss eine Änderung der Strukturen mit einem sehr grossen Mehrwert verbunden sein und muss die Nachteile mehr als aufwiegen. Eine Lösung muss klar mehrheitsfähig sein, und das insbesondere auch bei den von Veränderungen betroffenen Gemeinden. Das Projekt «Gemeinden 2030» sehen wir als nützliche Plattform für die Zusammenarbeit unter den Gemeinden und für die Entwicklung. Hier hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des GPV viel Aufwand in die Entwicklung eines Vorschlags gesteckt. Diese Arbeit verdient es, dass wir uns damit befassen, dass wir die Argumente anhören und darüber diskutieren, bevor wir entscheiden. Es wäre falsch, der Behördeninitiative jetzt eine Absage zu erteilen, ohne sie eingehend geprüft zu haben. Es wäre auch falsch, nach so langer Zeit mit wenig Veränderung die Diskussion gar nicht zu führen. Wir haben jetzt einen Vorschlag auf dem Tisch, zu dem sehr viele Varianten denkbar sind. Es wäre gut gewesen, wenn nicht nur Gemeinden aus dem Bezirk Bülach eingereicht hätten. Grundsätzlich hätten ja alle Gemeinden die Möglichkeit gehabt mitzuwirken. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass sich insbesondere die Befürworter zusammengetan und die Arbeit gemacht haben. Was ist mit den anderen?

Wie zu erwarten, ist die Zustimmung und Ablehnung in den Gemeinden tendenziell von der unmittelbaren Betroffenheit abhängig. Wer mit einem möglichen Bezirkswechsel konfrontiert wird, ist vorsichtig mit einer Zustimmung. Die Gemeinden wurden konsultativ befragt. Die meisten haben geantwortet, man kann die Antworten auf der Website-Plattform einsehen. Dass sich die Medien schon stark für das Thema interessiert haben, ist bezeichnend. Sie haben erkannt, dass das Thema die Bevölkerung stark beschäftigen und mit grossen Emotionen verbunden sein wird. Das ist auch hier heute im Rat schon festzustellen.

Die Grünliberalen unterstützen diese Behördeninitiative vorläufig. Ich betone aber, dass noch völlig in den Sternen steht, ob wir die Neuorganisation später unterstützen werden. Wir sind bereit, eine Auslegeordnung zu machen, um den Grundsatz und Varianten von Lösungen zu diskutieren. Unsere Meinungen sind nicht einheitlich. Wir sehen einerseits Energie und Entwicklungspotenzial, wir sehen aber auch viel Arbeit und Aufwand für eine unsichere Mehrheitsfindung und wir sehen die Schwierigkeiten einer so grossen Übung, die durchaus auch Schadenpotenzial haben kann. Die ganz grosse Begeisterung, Sie merken es, ist bei uns nicht vorhanden. Aber wir sind bereit, uns mit dem Thema zu beschäftigen und die Chancen und Risiken ergebnisoffen und völlig sachlich gegeneinander abzuwägen. Darum, wie erwähnt: Wir unterstützen vorläufig. Ich danke Ihnen.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Mit dieser Behördeninitiative wird ein Unbehagen im Kanton aufgenommen. Es gibt viele Gemeinden, welche die aktuelle Organisation, wie wir sie jetzt im Kanton haben, als nicht mehr zeitgemäss bezeichnen. Kein Wunder, denn seit 1814 oder 1831 ist ja sehr viel geschehen. So hat sich die Bevölkerung versechsfacht und die Besiedlung hat sich ja – auch zum Beispiel

wegen der Verkehrsströme – sehr unterschiedlich entwickelt. Es sind neue Aufgaben dazugekommen, neue interkommunale Aufgaben und neue Zusammenarbeitsformen. Man kann sich schon fragen, ob die aktuelle Organisation im Kanton noch mit den neuen Bedürfnissen übereinstimmt, aber was tun? Wie wollen wir uns im Kanton organisieren? Wollen wir neue Bezirke? Wollen wir weniger Bezirke, neue Planungsgebiete, funktionale Räume, feste, harmonisierte?

Die Diskussion heute im Rat und auch bei uns in der Fraktion, kann ich offen sagen, hat gezeigt: Das wird nicht ganz einfach, hier einen guten Weg zu finden. Sehr schnell kommen klar auch sehr ortsgebundene Interessen in den Vordergrund. Es wird nötig sein, wenn wir in diese Diskussion einsteigen, neben der eigenen Gemeinde, der eigenen Region auch das Wohl des Kantons, des gesamten Kantons, im Auge zu haben. Wenn wir hier einsteigen in die Diskussion, wird es wohl sinnvoll sein, einer Kommission dieses Geschäft zu übertragen.

Wir Grünen sind kritisch, sind ambivalent und haben auch grossen Respekt, sind auch sehr unsicher, ob es dem Rat gelingen wird, eine neue Organisation zu finden. Diese Behördeninitiative entstammt dem Projekt «Gemeinden 2030». Es ist schon viel Hirnschmalz drin und wir sind bereit, uns das mal etwas tiefer anzuschauen. Es handelt sich dabei ja schliesslich um eine allgemeine Anregung. Die meisten der Grünen – also nicht alle, aber ich denke, die meisten – sind bereit, sich auch in die Diskussion einzugeben und unterstützen vorläufig.

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil): Der Kanton Zürich hat sich, wenn man die Bezirkseinteilung betrachtet, seit der Restaurations-Verfassung 1814 und der liberalen Verfassung 1831, mit Ausnahme der Abspaltung des Bezirks Dietikon und der Gemeinde Zollikon vom Bezirk Zürich zum Bezirk Meilen im Jahr 1989, nicht mehr verändert. Es ist nach rund 200 Jahren sicher angebracht, sich mit der Gebietseinteilung und den Strukturen des Kantons Zürich zu befassen. Auch der Bestand der Gemeinden wurde bis zum neuen Finanzausgleichsgesetz, das eine finanzielle Unterstützung von Fusionsprozessen mit sich brachte, über rund 75 Jahre unverändert belassen, während in allen übrigen Kantonen in den vergangenen Jahrzehnten die Anzahl der Gemeinden durch Fusionen reduziert wurde. Im Rahmen der Projekt-Plattform «Gemeinde 2030» wurde ein Vorschlag der Arbeitsgruppe interkommunale Zusammenarbeit mit dem Titel «Regionen und funktionale Räume» im Kanton Zürich ausgearbeitet. Dieses Arbeitspapier umfasst einen Vorschlag, wie der Kanton Zürich und die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden räumlich neu strukturiert werden könnten. Grundsätzlich geht es um zwei Ideen. Erstens Regionen: Umwandlung und räumliche Anpassung der Bezirke in neue Regionen, identische räumliche Anpassung der bestehenden Planungsregionen, das heisst, die Überführung der elf zu neu acht Planungsregion. Zweitens: Funktionelle Räume, Strukturierung der Gemeinden in funktionelle Zusammenarbeitsräume gemäss dem Bottom-up-Prinzip, die Gemeinden entscheiden selbstständig.

Nun liegt die Behördeninitiative mit konkreten Umsetzungsvorschlägen vor. Die Mitte fragt sich aber: Braucht es wirklich ein Überdenken der aktuellen Gebietsstrukturen? Sind die Gemeinden wirklich heute so wenig schlagkräftig? Braucht

es eine neue Aufteilung der Bezirke? Ist der Unmut in der Bevölkerung zu den bestehenden Strukturen wirklich gross? Ja, ich kann Ihnen sagen, die Mitte hat sich schwergetan mit dieser Behördeninitiative. Die Mitte findet die grundsätzlichen Überlegungen und Denkanstösse interessant. Hier wurde eine innovative Arbeit geleistet, besten Dank. Auf der anderen Seite sieht die Mitte keinen aktuellen Handlungsbedarf. Die bestehenden Aufteilungen haben sich grundsätzlich bewährt. Eine Umsetzung erzeugt auch neue Probleme. Von den Kosten ist bei dieser Behördeninitiative überhaupt nicht die Rede. Schlussendlich hat sich die Mitte für eine Nichtunterstützung der Behördeninitiative ausgesprochen. Besten Dank.

Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird diese Behördeninitiative vorläufig unterstützen. Sie greift doch die veralteten Bezirksstrukturen im Kanton Zürich aus den Jahren 1814 und 1831 auf. Nicht nur soll die Anzahl der Bezirke verringert werden, sondern es sollen auch die Gebiete der Planungsregionen mit den neu festzulegenden Gebieten der Bezirke harmonisiert werden. Auch die Aufgabenteilung zwischen den harmonisierten Bezirken und Planungsregionen böte gute Formen der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden an. In unseren Augen lohnt es sich, dass wir uns mit diesem Thema ergebnisoffen auseinandersetzen und die Bezirksgrenzen eventuell den aktuellen Gegebenheiten und Strukturen anpassen.

Ich schliesse mich eigentlich inhaltlich den Voten von Michel Dünki-Bättig und Silvia Rigoni an. Es ist klar, es ist ein grosser Schritt und eine grosse Veränderung. Vielleicht sollte man diese Behördeninitiative eher als Anregung auffassen und nicht schon als Diktat einzelner Gemeinden bezüglich anderer Gemeinden im Kanton. Und selbstverständlich sollen auch die betroffenen Gemeinden angehört und miteinbezogen werden. Es ist ganz klar: Einfach wird es nicht, weil mit dieser Initiative auch Ängste geweckt werden; einerseits bei den von möglichen Veränderungen bedrohten Bezirksstrukturen und Gemeinden. Es geht ja auch darum, gewisse «Ämtli» behalten zu können. Und der Mensch liebt einfach Konstanz. Andererseits werden sicher gewisse Personen ihre liebgewonnene Bezirksidentität nicht aufgeben wollen. Also, es wird recht emotional werden im ganzen Thema.

Die AL unterstützt die Behördeninitiative vorläufig, damit sie vertieft angeschaut werden kann. Es lohnt sich unserer Meinung nach. Von einer Auslegeordnung kann der Kanton profitieren. Besten Dank.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich appelliere vor allem an die Kolleginnen der Grünen, der Grünliberalen, der SP und der AL, die sich allenfalls doch noch dazu durchringen könnten, dieser Behördeninitiative keine Stimme zu geben. Wir sollten diese nämlich nicht überweisen. Es wäre nicht seriös und der Kantonsrat würde mit einer Überweisung zum Ausdruck bringen, dass ein x-beliebiger Text mit erfundenen und wirklich auch falschen Sachzusammenhängen, der diese Initiative begründet, unser Gremium zu überzeugen vermag. Sie sollten in der Materie verankert sein und wissen daher genau, dass die folgenden Punkte, welche die Initianten – lesen Sie nach – geltend machen, schlicht nicht stimmen.

So behaupten die Initianten, erstens, in der Begründung, dass sowohl der Autobahnausbau der 60er-Jahre als auch das Verbundnetz des ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) ab den 80er-Jahren zu einer fundamentalen Veränderung der funktionalen Räume und der Bevölkerungsorientierung geführt habe, während dem die Bezirksgrenzen dem nicht angepasst worden seien. Gerade die heutigen Bezirke Bülach und Dielsdorf, die laut Initianten oben gespalten und unten zusammengelegt werden sollten, gerade diese beiden Bezirke beweisen exemplarisch, dass sich die Bezirke entlang der Verkehrsströme befinden. Die Geländekammern geben es vor: Der Bezirk Bülach ist von Rafz oder von der Tössegg her komplett Richtung Hardwald-Gemeinden Kloten, Opfikon, Wallisellen und Dietlikon und ja, von Norden her, Richtung Zürich-Oerlikon orientiert. Der Bezirk Dielsdorf mit den Ost-West-Tälern Wehntal und Furttal und dem Stadler Feld orientiert sich nach Rümlang, Dielsdorf, Regensdorf und kommt von Westen her nach Zürich-Affoltern oder -Oerlikon. Manchmal kaufen die Dielsdorferinnen und Dielsdorfer auch in Baden ein, die Rafzerfelderinnen und Rafzerfelder demgegenüber in Schaffhausen und die Embracherinnen und Embracher in Winterthur. Aber zwischen Bülach und Dielsdorf haben Sie niemals Stau auf den Strassen. Somit stimmen die Verkehrsströme mit den Bezirken heute bestens überein.

Falsch ist auch die Vermischung der Aufgaben der kantonalen Verwaltungseinheit, Bezirk, Wahlkreise, Bezirksgericht, Statthalteramt, Aufsichtsgremium Bezirksrat, Polizeikreise. Was hat, bitteschön, das mit den funktionalen Räumen auf Gemeindeebene zu tun? Mit Planungsregionen, Regionalkonferenzen, Feuerwehrzweckverband, Sicherheitsverbund, Grundwassergewinnung oder Glattnet (*Internetangebot der Glattwerk AG*) das alles funktioniert zwischen den Gemeinden problemlos über Bezirksgrenzen hinweg – schon heute –, ja, sogar länderübergreifend. Das Rafzerfeld, Bezirk Bülach, Kanton Zürich, Weiach, Bezirk Dielsdorf, Kanton Zürich, Kaiserstuhl und Fisibach, Bezirk Zurzach, Aargau, exportieren das Abwasser in die gemeinsame Kläranlage Hohentengen, in die EU. Sie sehen, wenn es uns bei uns um eine wichtige Materie geht, klappt die Zusammenarbeit bestens. Wenn das möglich ist, sollte es auch für die Glatttal-Gemeinden Opfikon, Wallisellen, Kloten und Dietlikon kein Problem sein, im Glatttal mit Dübendorf, Wangen-Brüttisellen, Volketswil oder Zürich-Schwamendingen und -Stettbach zusammenzuarbeiten, einmal angenommen, der Gegenstand der Zusammenarbeit sei mindestens ebenso attraktiv. Und ja, wenn es für diese Zusammenarbeit wirklich einen eigenen Bezirk bräuchte, geschätzte Initiantinnen und Initianten, dann fokussieren Sie mit einer Initiative auf diese Forderung. Fordern sie einen Bezirk Glatttal und nehmen Sie sich nicht heraus, den ganzen Kanton neu organisieren zu wollen.

Neben diesen falschen Argumentationen noch eine weitere Bemerkung: Die Behörden, welche diese Behördeninitiative eingereicht haben, haben die Unterstützung ihrer Bevölkerung und Parlamente nicht abgeholt. Vermutlich wären sie auch da ohne Mehrheiten, mindestens in Freienstein-Teufen, Embrach, Bülach, die mitunterzeichnet haben. Da ist jede und jeder Richtung Kloten, Wallisellen, Zürich orientiert und nicht nach Dielsdorf, doch das habe ich bereits ausgeführt. Es wäre falsch, wenn wir mit diesem Geschäft noch mehr Zeit verlieren würden,

wenn wir uns herausnehmen würden, dass die Kommission für Staat und Gemeinden mit ihren 15 Mitgliedern eine so verzwickte und differenzierte Sache beurteilen würde, wie das uns Frau Joss geschildert hat. Wir haben über das Gemeindegesetz gesprochen, wir haben über den Finanzausgleich gesprochen, wir haben eine Kantonsverfassung gemacht. Und nun soll das Ganze an 15 Personen, 15 Kantonsrätinnen und Kantonsräte, delegiert werden, die das für den ganzen Kanton Zürich vorbereiten? Meine Damen und Herren, das ist eine Anmassung. Es geht hier um wirklich fundamentale Dinge, das kann man nicht mit einer solchen Behördeninitiative und nicht über eine solche Kommission regeln, das wäre wirklich anmassend. Wir können uns auch viel Aufwand für nichts sparen. In einer Volksabstimmung hätte das, was immer herauskommt, keine Chance. Bitte seien Sie nüchtern und vernünftig und lehnen Sie diese Überweisung ab.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Eine etwas schwierige Aufgabe nach dem vehementen Votum von Matthias Hauser hier meine Überlegungen darzubieten, ich spreche als Präsident des Gemeindepräsidienverbandes und ich glaube, ich kenne wie kein anderer, den Werdegang dieser Idee, die nun bei Ihnen auf dem Tisch liegt. Es sei auch bereits an dieser Stelle gesagt, dass alle Fraktionspräsidien einmal die Gelegenheit hatten, einen Blick darauf zu werfen, bevor wir hier im Rat darüber diskutieren. Ich möchte Sie an den Wirksamkeitsbericht 2017 erinnern. Den haben wir alle gelesen, 172 Seiten, selbstverständlich wurde er gelesen. Darin steht: Die räumlichen Strukturen sind von der beschleunigten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung geprägt. Die Bevölkerung ist weniger denn je an ihren Wohnort gebunden. Der stetige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel, der mit einer steigenden Mobilität verbunden ist, führt zu einem Auseinanderdriften der sozioökonomischen Lebensräume und der staatspolitischen Entscheidungsstrukturen. Zahlreiche Entwicklungen machen vor den Gemeindegrenzen nicht halt. Die gesellschaftliche Entwicklung kann zu unterschiedlichen Zuständigkeiten in Rechtsetzung, Vollzug, Finanzierung und so weiter führen. Eine Vereinfachung der Strukturen und eine Verringerung der Anzahl Aufgabenträger sind nötig, um die Steuerbarkeit der kommunalen Aufgabenerfüllung sowie die fiskalische Äquivalenz zu verbessern.

Wir haben, dieser Rat hat im November 2017 diesen Bericht zur Kenntnis genommen, niemand hat sich gegen die Aussagen gewehrt. Und vor diesem Hintergrund ist die Diskussion um funktionale Räume entstanden, funktionale Räume, die in der Planung immer wichtiger werden. Die Gemeinden, alle Gemeinden, die auch hier im Rat vertreten sind, hatten Kenntnis von diesen Überlegungen, und vor diesem Hintergrund ist der Vorstoss, die dezentrale Organisation im Kanton zu verbessern, entstanden. Es stellt sich nicht die Frage «Wollen wir eine Volksabstimmung, wollen wir, dass 15 Leute den Kanton neu strukturieren?», sondern es stellt sich die Frage, ob wir einmal in einem kleineren Kreis über das Thema diskutieren wollen oder nicht. Es geht darum, die Struktur zu hinterfragen, eine Struktur im Kanton Zürich, die durchaus immer wieder Gegenstand von Debatten ist. Ich habe nicht immer wahrgenommen, dass die Menschen hier im Ratssaal

zufrieden sind mit den Vorgehensweisen, wenn ich an die Diskussion um die gebundenen Ausgaben denke, die wir vor kurzem (*im Zusammenhang mit den parlamentarischen Initiativen KR-Nrn. 210/2021, 211/2021 und 212/2021*) geführt haben. Aus diesem Grund denke ich: Mit einer vorläufigen Unterstützung vergeben wir uns überhaupt nichts. Es geht nicht Richtung Volksabstimmung, sondern es geht darum, dass wir uns kreativ über die Struktur des Kantons Gedanken machen. Und mehr wollen auch die Initianten nicht. Es sind keine Vorgaben, die gemacht werden, sondern es sind Ideen, die ausgelegt worden sind; das als Präzisierung der Überlegungen. Es gäbe noch viel dafür und dagegen zu sagen, aber ich verzichte darauf. Ich denke, es wäre es wert, über die Strukturen des Kantons nachzudenken. Danke.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich habe es jetzt einfacher als Jörg Kündig, ich kann einfach sagen: Ich kann mich den guten Argumenten meines Vorredners nur anschliessen. Die Welt ist heute nicht mehr die gleiche wie vor 200 Jahren, es hat viele Veränderungen gegeben. Ich sage nur Stichwort «Mobilität», «Bildung», «Gesundheitswesen», «Finanzierung», und wir tun jetzt so, als ob alles noch gleich wäre wie vor 200 Jahren und sich daran ja nichts ändern dürfte. Liebe FDP, ich dachte, ihr seid ein bisschen progressiver unterwegs. Da verstehe ich jetzt gar nicht, dass ihr euch dermassen der Diskussion verweigert. Es ist ja nicht so, dass dieser Vorstoss jetzt völlig unvorbereitet über uns hereingebrochen wäre. Wir haben es eben gehört, alle Fraktionspräsidien wurden eingehend informiert, auch über die Absicht. Es wurde uns erklärt, warum der Vorstoss nur von einem Teil der Gemeinde kommt, die aber eben damit zeigen wollen «wir in unserem Bezirk, wir wollen etwas tun», in der Erarbeitung dieses Vorschlags waren aber viel mehr Gemeindepräsidien involviert gewesen. Und es ist letztlich auch eine Frage des Respekts und Anstands, wie wir mit einer solch langjährigen Arbeit umgehen, ob wir da jetzt einfach alles in Bausch und Bogen verwerfen und sagen «es war 200 Jahre lang gut, wir verweigern uns jeder Art von Veränderung» oder ob man sagt «wir sind bereit hinzuschauen, wir sind bereit zu diskutieren, und wer weiss, vielleicht kommen wir auch zu einer guten Lösung». Völlig daneben ist, jetzt über Abstimmung und Verfassungsänderungen und weiss ich was zu diskutieren, das ist reine Angstpolitik. Ich weiss, dass Matthias Hauser tief genug mit der Materie bekannt ist, dass er eigentlich wüsste, um was es geht. Er will hier einfach negative Stimmung machen. Das ist völlig unnötig.

Gehen wir das Ganze doch ganz unaufgeregt an. Lassen wir uns auf die Diskussion ein, schauen wir, was daraus wird. Ich bin sicher, nach dieser grossen Vorarbeit, die bereits geleistet wurde, wird es den einen oder anderen Denkansatz geben, der vielleicht auch für den einen oder die andere von uns eine kleine Horizonterweiterung sein dürfte. Die EVP wird sich der Diskussion nicht verschliessen, wir werden diese Behördeninitiative vorläufig unterstützen.

Erika Zahler (SVP, Boppelsen): Als die Veranstaltung «Gemeinde 2030» stattgefunden hat, war der Anlass von zahlreichen Gemeindevertretern gut besucht.

Auch ich habe an dieser Veranstaltung teilgenommen. Vielschichtige Themenbereiche wurden aufgegriffen, eine Auslegung gemacht und diskutiert. Später wurde in einer Arbeitsgruppe «Interkommunale Zusammenarbeit» die Idee der funktionalen Räume bearbeitet. Sicher haben die Mitwirkenden sich mit grossem Engagement eingesetzt. Ein Thema, mit welchem wir heute konfrontiert werden, ist nun diese Behördeninitiative 376/2021, welche aus sechs Gemeinden eingereicht wurde. Im Newsletter «Gemeinde 2030» vom 6. Oktober 2021 wird erwähnt, dass gemeindeübergreifende Strukturen, Bezirke, die Planungsregion und Zweckverbände dieser Entwicklung nicht mehr gerecht werden. Dass die Gebietsstrukturen seit 1814 respektive 1831 unverändert geblieben sind, wird ins Feld geführt. Ich frage Sie: Ist das eine Begründung, dass, was schon länger zurückliegt, es nötig macht, eine Umstrukturierung zu initialisieren? Ist dieser Vorschlag wirklich das Gelbe vom Ei?

Nun denn, heute haben wir eine Initiative auf dem Tisch. Diese Behördeninitiative schlägt vor, dass die heutigen zwölf Bezirke um zwei reduziert werden sollen auf zehn Bezirke. Das ist schon ein wahnsinniger Wurf, wahrlich. Da kommt einem unweigerlich der Kanton Glarus in den Sinn. Dieser hat am 1. Januar 2011 eine Reduktion auf drei politische Gemeinden vollzogen. Ich stamme aus dem Bezirk Dielsdorf und bin, neben dem Kantonsratsmandat, auch noch in der Exekutive als Gemeinderätin in Boppelsen tätig. Wie sind am Puls und kennen unsere Strukturen, Zweckverbände, Organisationen und Bedürfnisse sicher am besten. Wir haben einen Schützenverein, Musikvereine und weitere, die unsere Gemeinden beleben und auch gewisse Aufgaben übernehmen. Wir haben unsere Zweckverbände und Zusammenschlüsse. Es befremdet definitiv, wenn bezirksfremde Gemeinde eine Behördeninitiative einreichen und uns weiterreichen möchten oder einverschweissen wollen – je nach ihrem Gusto. Namentlich sind das die Gemeinden, die erwähnt wurden: Bülach, Dietlikon, Embrach, Freienstein-Teufen, Opfikon und Wallisellen. Boppelsen, meine Gemeinde aus dem Furttal, befindet sich ennet der Lägern und gehört nicht zu den zehn anderen Talschaften.

Was kaum zu verstehen ist: dass mit den betroffenen Bezirken und deren Gemeinden kein Austausch, kein aktiver Austausch stattgefunden hat. Es riecht tatsächlich nach Unfriendly Takeover und es stellt sich schon die Frage, ob die betroffenen Gemeinden hier Hand bieten. Liebe Initianten, geht doch nochmals über die Bücher und sucht nach einer anderen Lösung. Und bitte, bitte spricht zuvor mit den anderen. Wir werden diese Behördeninitiative nicht unterstützen und lehnen sie deshalb ab.

Alex Gantner (FDP, Maur): Zuerst zu meiner Interessenbindung: Ich bin Bezirksrat im Bezirk Uster, und der Bezirk Uster wird auch etwas betroffen sein von dieser möglichen Reorganisation. Aber das ist bei meinem Votum hier unwesentlich. Ich möchte wirklich konstatieren: Diese Behördeninitiative, dieser Vorstoss ist sehr befremdend. Und nochmals sehr speziell ist es auch, dass die sonst bei Formalien und Fristen gut beratenen Gemeinden, hier unter der Federführung der Stadt Bülach, heute abwesend sind. Sie haben es verpasst, einen Antrag bei der Geschäftsleitung zu stellen, um hier präsent zu sein, um mit uns zusammen auf

Augenhöhe eine Debatte zu führen. Das ist nun verunmöglicht. Darum wollten wir ja auch die heutige Beratung verschieben. Wo sind also diese sechs Gemeinden und repräsentieren sie wirklich alle Gemeinden im Kanton Zürich?

Es gibt – das haben wir auch von vielen Vorrednerinnen und Vorrednern gehört – viele Betroffene: Das ist der Kanton, der sich nämlich dann auch mit dieser Organisation neu organisieren muss, es sind die Bezirke, es sind die Gemeinden, es sind die Zweckverbände bis eben auch in private Strukturen hinein. Und was heute noch nicht erwähnt worden ist: Es ist auch die Justiz mit den Bezirksgerichten, die eben genau auch so organisiert sind, und auch da müsste es dann höchstwahrscheinlich Veränderungen geben. Also es geht wirklich um eine substanzielle Reorganisation des Kantons.

Es wird ebenfalls in der Begründung unterstellt, dass die Planungsregionen nun harmonisch seien und die Bezirke, über 200 Jahre alt, offensichtlich nicht. Das stimmt einfach in der ganzen Grundkonzeption und Argumentation überhaupt nicht. Ich frage mich auch: Wer hat eigentlich diese Vorlage bestellt? Natürlich gibt es oder gab es diesen Prozess, aber schlussendlich führen aus meiner Sicht wirklich alle Stränge zurück auf die JI (*Direktion der Justiz und des Innern*), die nun eine Reorganisation des Kantons mit dem Gemeindeamt und mit all diesen Ämtern in die Wege leiten möchte. Und deshalb bin ich sehr enttäuscht und irritiert, dass hier nun einige Gemeinden und vielleicht auch einige mehr sich zu den Vasallen der JI erklärt haben. Es kommt wirklich alles viel zu früh. Und hier möchte ich daran erinnern: Das Gemeindegesetz ist nun seit einigen Jahren in Kraft, auch das war ein grosser Legiferierungsakt dieses Kantonsrates. Es sind dort viele neue Pflöcke eingeschlagen worden, und man will den Gemeinden und den Zweckverbänden und all diesen kommunalen Strukturen nun auch Zeit geben, sich neu zu organisieren. Und was ich nicht verstehe, ist, dass nun praktisch in dieser Phase, die locker zehn bis zwanzig Jahre dauern wird, nun übergestülpt noch eine neue Organisationsbaustelle aufgemacht werden soll.

Dieser Vorstoss zeugt aus meiner Sicht auch von Aktivismus von Milizbehörden, die ja vielfach beklagen, dass die Milizarbeit irgendwie am Anschlag sei, aber genau sehr aktiv sind, sehr viel unternehmen und deshalb eigentlich selbst das ganze Milizprinzip am Aushebeln sind. Das geht für mich eben auch nicht auf, ich glaube, man sollte Prioritäten setzen bei den Gemeinden und nun diese Diskussion noch nicht führen.

Im Weiteren bezüglich des weiteren Vorgehens: Die Auslegeordnung macht nicht die STGK. Ich glaube, da sind alle von Ihnen oder die Vorredner, die darauf hingewiesen haben, fehlinformiert. Die Auslegeordnung gemäss Gesetz über die politischen Rechte macht als Erstes einmal der Regierungsrat. Er hat 18 Monate Zeit, allenfalls noch sechs Monate dazu, für einen Bericht an den Kantonsrat. Und erst dann geht es überhaupt in die STGK. Und aufgrund der ganzen Veränderungen, die so eine Reorganisation ja auslösen, wird es zwingend auch eine Kreditvorlage sein. Da muss anders investiert werden, vor allem auch in die Bezirksstrukturen, in Gebäude in den verschiedenen Bezirken, wo auch da und dort entsprechende Projekte bei der Baudirektion laufen.

Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie wirklich, diese Behördeninitiative nicht vorläufig zu unterstützen. Sie kommt viel, viel zu früh. Besten Dank.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Meine Interessenverbindungen: Ich wohne in einer Randregion im Bezirk Pfäffikon, in der Gemeinde Bauma, und ich war Mitglied der Planungsregion Zürcher Oberland, namentlich einer Organisation, die nicht demokratisch legitimiert ist. Nun, wie sollen wir das verstehen? Politiker aus den Städten und Dörfern, die nicht im Bezirk Pfäffikon und Hinwil sind, schlagen eine Zusammenlegung dieser Bezirke vor, trotz einer ablehnenden Haltung der Standortgemeinden. Nennen Sie mir einen Grund, weshalb Sie einen solchen Vorschlag unterbreiten. Das kann nur damit zu tun haben, dass Sie die Demografie nicht kennen. Kleine Gemeinden und Randregionen werden mit einem solchen Vorschlag extrem geschwächt. Mitsprache auf Bezirks- und kantonaler Ebene wird schwierig, das Gehör für die Randregionen wird schwächer. Ich war selber in der Planungsregion Zürcher Oberland als Vertreter des Tösstals. Da war das Gehör dieser Kommission bereits an einem sehr kleinen Ort. Es ging aber nur um Planungsgeschäfte. Mit diesem vorgeschlagenen Schritt, der hier vorliegt, verschärfen Sie dieses Problem auf der ganzen politischen Ebene. Sie sprechen von funktionierenden Räumen. Die funktionalen Räume existieren und sie funktionieren. Die existieren und funktionieren da, wo es nötig ist, teilweise innerhalb der Bezirksgrenzen, aber auch über die Bezirksgrenzen hinaus. Das zeigt, dass die Gemeinden sich durchaus organisieren können, wenn es nötig ist, dies beispielsweise in meiner Heimatgemeinde Bauma. Die Zusammenarbeit der Sozialämter Bauma und Fischenthal wurde gerade im vergangenen Monat besiegelt und durch meine Heimatgemeinde übernommen. Weiter als Beispiel: Das Standesamt Bauma führt für zwei umliegende Gemeinden innerhalb des Bezirks die Aufträge, Trauungen, Bestattungen und so weiter durch.

Mit der vorliegenden Idee – ich habe es gesagt – schwächen Sie Randregionen. Sie vergessen diese Gemeinden, namentlich im Oberland. Und warum sich der Präsident des GPV, Jörg Kündig, nicht differenziert ausdrückt, ist für mich nicht verständlich. Bildung, Gesundheitswesen, Verkehr et cetera werden erwähnt, was um Himmels Willen haben diese Themen mit dem Bezirk zu tun? Das sind keine Bezirksthemen. Das sind Nomen, die Sie für Ihre Argumentation irgendwo gefunden haben, aber sicher nicht im richtigen Kontext sind. Das sind Themen, die Gemeinden angehen, wie namentlich oder hauptsächlich die Bildung, oder betreffend den Staat, und die Entscheidungen müssen dort gefällt werden. Ich bitte Sie, Argumente vorzubringen, welche dieses Thema auch wirklich betreffen. Im Namen der Randregionen, von kleinen Gemeinden bitte ich Sie, diese Initiative nicht vorläufig zu unterstützen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Herr Präsident des Gemeindepräsidentenvereins oder des Gemeindevereins, Jörg Kündig, ich sage es gerade direkt mit einem Anglizismus: Let's have a Shipwreck Party. So kommt mir das vor, was hier drin vorgebracht wird. Die Initianten haben weder den Mut oder –

auf Französisch – das Culot, hier an dieses Rednerpult zu kommen und ihre Initiative zu vertreten. Die jüngste Fraktion hier drin – ja, die SVP/EDU-Fraktion ist noch jünger –, die GLP, Entschuldigung, wabbelt irgendwie in der Gegend herum. Man weiss nicht recht, was sie genau will. Und ganz lustig und ich komme nochmals auf Herrn Kündig und gewisse Kollegen von ihm hier in verschiedenen Fraktionen – und ich muss sagen, ich bin froh, dass Sie nicht kandidieren als Regierungsrat, ich sag's grad so –, die kommen aus einem Bezirk, der aufgelöst werden soll oder der «gemergt» werden soll, und treten als Gemeindepräsidenten-Kandidaten wieder an. Ja, dann gehen Sie jetzt in den Wahlkampf und vertreten Sie das, und ich behaupte, Sie werden nicht mehr gewählt, Herr Kündig, ich behaupte das. Das geht doch nicht, dass man die Leute, die man vertritt, hier so vertritt, wie Sie sie hier vorher vertreten haben. Das muss ich sagen. Das war jetzt vielleicht etwas unanständig, oder, Herr Schaaf, was ich gesagt habe, aber mein Kollege Hauser war nicht unanständig hier drin. Er war überhaupt nicht unanständig, sondern er hat mit sehr, sehr viel Sach- und Fachkenntnis pragmatisch hier vertreten, um was es geht.

Und wenn ich aus dem Furttal komme und nachher irgendwo zum Bezirk Dielsdorf gehören soll, dann stimmt das ja auch nicht ganz, oder? Frau Zahler hat euch das hier dargelegt. Also man kann hier wirklich nur sagen: Let's have a Shipwreck Party, so kommt mir das vor. Wenig Sachkenntnis und einfach etwas hier in den Raum hineinstimmen. Die Initiative wird überwiesen werden, sie wird überwiesen werden, ganz klar, mit etwa 75 Stimmen. Sie wird nie eine Mehrheit kriegen, nie in diesem Kanton, aber sie wird enorm viel Unruhe machen. Brauchen wir das in der Zeit, wo wir vor den Wahlen stehen, wo jede Partei, jede Partei Probleme hat, überhaupt Kandidaten zu finden? Brauchen wir es, dass wir uns im Detail mit so einem Unsinn befassen? Ich glaube es nicht, ich glaube es wirklich nicht. Die Einzige, welche sich über dieses Chaos freuen wird, ist die Justizdirektorin (*Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr*) mit einem ganz starken politischen Kalkül. Aber diese Seite des Rates, die momentan eine knappe Mehrheit hat – für diese Initiative wird sie sie nicht haben –, wird mit dieser Sache nicht gewinnen, sondern sie wird verlieren. Was wir hier anrichten, ist ein grosses Chaos.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Jörg Kündig, du darfst sitzenbleiben, ich verteidige dich gleich selbst. Ich muss sagen, der Gemeindepräsidentenverband, die Gemeinden haben ja mit einer leichten Mehrheit die Neuorganisation des Kantons befürwortet, darunter aber wenige Gemeinden aus dem Bezirk Meilen, wenige aus dem Weinland, wenige aus Dielsdorf, und im Bezirk Bülach waren es auch längst nicht alle. Und viele der Gemeinden, die befürwortet haben, sind gar nicht betroffen, so zum Beispiel die Stadt Zürich, also Gemeinden, die ihre Zentrumsfunktion behalten und keine Folgen haben werden aus irgendeiner Neuorganisation. Also das war gar nicht besonders fair. Es war so knapp, dass der Gemeindepräsidentenverband gesagt hat «diese Sache verfolgen wir eigentlich nicht weiter, es bräuchte jetzt allenfalls eine Behördeninitiative». Voilà, und jetzt haben wir diese Behördeninitiative, weil eben die Resultate zu knapp daherkamen. Und nun gibt man das an den Kantonsrat und wir diskutieren

heute Nachmittag. Nachher geht es in die Regierung, kommt wieder zurück in den Kantonsrat. Und wenn Sie gut zugehört haben, fällt es vielen, die hier vorne waren, Markus Schaf zum Beispiel, fällt es vielen schwer, den Unterschied zwischen einem funktionalen Raum und einem Bezirk zu erkennen, eine kantonale Verwaltungseinheit und einen Wahlkreis auseinander zu halten; das hat doch überhaupt gar nichts miteinander zu tun. In einem Raum werden Gemeindeaufgaben gemeinsam gelöst, der ist sehr funktional zusammengesetzt, es dürften ruhig noch mehr werden. Es waren auch zwei verschiedene Fragen in der GPV-Umfrage: die funktionalen Räume und die Regionen und die Bezirke, und das andere, das sind eben die Bezirke, kantonale Verwaltungseinheiten, und bei den Behördeninitiative geht es um das. Selbst die Gemeindepräsidenten im Bezirk Bülach, die das unterstützen, oder Gemeindepräsidentinnen, ich habe doch mit ihnen gesprochen. Da geht es darum, dass wir halt vielleicht mit Dietlikon besser zusammenarbeiten oder eng zusammenarbeiten mit Dübendorf im Glatttal. Das ist die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit und das hat nichts mit den Aufgaben zu tun, die ein Bezirk wahrnimmt. Das ist etwas anderes und das muss man auseinanderhalten können; so viel zur Sachkenntnis von vielen Referentinnen und Referenten und so viel zur fehlenden Mehrheit – die Mehrheit war da –, aber zur fehlenden grossen Mehrheit, die da war. Und nun übergeht man einfach die kleinen Gemeinden und sagt (*der Votant spricht Schweizerdeutsch*) ja, jetzt machen wir es halt so, es ist etwas Modernes. Es ist seit 200 Jahren nichts geändert worden, was nicht stimmt. Es stimmt nicht mehr mit den Verkehrsströmen...

Ratspräsident Benno Scherrer unterbricht den Votanten: Sprechen Sie bitte Standardsprache, Matthias Hauser, Danke.

Matthias Hauser fährt fort: Habe ich nur noch zwei Minuten?

Ratspräsident Benno Scherrer: Nein, du hast Schweizerdeutsch gesprochen.

Matthias Hauser: Entschuldigung, also ich könnte noch lange machen. Nein, ich glaube, ich bin ein bisschen engagiert, aber ich wollte zeigen, dass die Sachkompetenz wirklich nicht so riesengross ist, und Sie doch bitte das hier nicht überweisen. Da müssen Sie andere Wege wählen. Herzlichen Dank.

Jörg Kündig (FDP, Gossau) spricht zum zweiten Mal: Ich danke Matthias Hauser für seine klärenden Worte. Es ist tatsächlich so, dass wir hier ein Projekt haben, das vier Jahre gedauert hat und das jetzt diesen Ausfluss, wenn Sie so wollen, hat. Warum spreche ich nochmals? Ich muss sagen, wenn ich von einem Ratsmitglied (*gemeint ist Hans-Peter Amrein*) so qualifiziert werde, dann, muss ich sagen, steht das weder diesem Rat noch dieser Person gut an. Er soll doch bitte, wenn er schon eine Diskussion über meine Person führt, a) das zuerst mit mir persönlich besprechen und b) mit den Fakten argumentieren, die Matthias Hauser tatsächlich dargestellt hat.

Es war uns als Verband bewusst, dass die Diskussion um funktionale Räume, um Strukturen ganz schwierig ist. Und es ist tatsächlich so, die Diskussion jetzt zeigt es ja, dass da sehr viele Emotionen damit verbunden sind. Was ich aber auch nochmals betone: Wir haben immer wieder kritisiert, was wie funktionieren sollte, was nicht so funktioniert, und ich habe aus dem Wirksamkeitsbericht vorgelesen. Ich glaube, wir sollten die Grösse haben, eine Diskussion zu führen und dann nach dem Diskussion-Führen ein Resultat beurteilen und nicht schon jetzt das Kind mit dem Bade ausschütten. Das tun wir nämlich. Also in diesem Sinne, allerliebster Ratskollege: Ich vertrete eine Organisation mit 162 Gemeinden. Sie sind nicht immer einer Meinung, es sind Städte dabei, es sind andere dabei. Meine Aufgabe ist es, diese nicht ganz einfache Konstellation ins Ziel zu bringen. Und ich glaube, so schlecht haben es die Gemeinden bis jetzt nicht gemacht. Also du kannst deine Beurteilung meiner Person gerne revidieren, und ich helfe dir dabei. Besten Dank.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal: Mir ist es wichtig, bevor wir abstimmen, hier einfach nochmals festzuhalten: Es geht nicht darum, dass wir ein bisschen darüber diskutieren, wie das vorhin gesagt wurde. Die Initianten haben zwei Forderungen. Erstens, die Bezirke müssen mit den Planungsregionen gebietsmässig harmonisiert werden, Punkt 1. Punkt 2: Es dürfen maximal zehn Bezirke sein. Das ist eine Forderung, und Sie müssen sich selber überlegen, ob Sie das unterstützen oder nicht, ob Sie eine Bezirks- oder Gebietsreduktion auf zehn wünschen, und aus welchem Grund, wo doch der Kanton – wir haben es gehört – weiterwächst, laufend mehr Menschen hier wohnen. Macht es da grundsätzlich Sinn, dann die föderalen Strukturen zu reduzieren? Diese Frage müssen Sie sich selber beantworten. Also es geht nicht um einen Geschwurbel, sondern es geht um zwei konkrete Forderungen, zu denen jeder hier drin sagen muss: Ist das grundsätzlich richtig oder eben nicht? Und Sie müssen sich auch überlegen, ob es richtig ist, das eine 15er-Behörde unseres Kantonsrates diese Frage klären wird. Ist es richtig, die STGK in der nächsten Legislatur mit diesem Thema, mit diesem einen Thema faktisch zu beschäftigen und thematisch aufs Abstellgleis zu stellen, sodass sie keine anderen Geschäfte mehr bearbeiten kann. Auch diese Frage dürfen Sie sich überlegen. Das ist das falsche Gremium, mit Verlaub. Also ich bitte Sie wirklich: Kommen Sie zur Vernunft. Ich sage das ungern, aber wirklich: Kommen Sie zur Vernunft, das Thema in Ehren. Ich wäre auch offen, die Themen einzeln zu diskutieren. Aber so in einem einzigen Vorstoss diverseste Themen verwurstet zu haben, das wird, das kann ich Ihnen sagen, am Ende des Tages alle beschäftigen und Schiffbruch erleiden. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Ordnungsantrag

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich beantrage Schliessung der Rednerliste. Wir haben jetzt sehr viel gehört, gute Argumente, eine sehr engagierte Debatte, aber ich glaube, wir drehen uns jetzt ein bisschen im Kreis, und es kommt jetzt

der Zeitpunkt der Befindlichkeitsrhetorik. Wir kennen alle die Vorlage, wir müssen Sie uns jetzt nicht mehr gegenseitig erläutern. Insofern glaube ich, dass wir genug debattiert haben.

Ratspräsident Benno Scherrer: Wir haben noch René Isler und Hans-Peter Amrein zum zweiten Mal auf der Rednerliste. Wir stimmen darüber ab, ob die Rednerliste geschlossen wird.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat beschliesst mit 79 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Antrag von Thomas Forrer abzulehnen und die Rednerliste nicht zu schliessen.

Ratspräsident Benno Scherrer: Das Wort bleibt frei.

René Isler (SVP, Winterthur): Ich danke, dass Sie der Demokratie noch mal einen Vorschub geleistet haben – diese Initiative, als Urdemokrat dürfen Sie diese nicht überweisen. Ich erinnere mich noch an Ihre Worte, wenn es jeweils um irgendeine Stadt ging, Winterthur oder Zürich oder sonst eine Gemeinde. Die letzten Worte waren doch, man solle nicht über die Köpfe der betroffenen Gemeinden oder Bezirke reden. Und genau das passiert hier. Wenn alle Bezirkshauptorte oder die involvierten Personen zusammengesessen wären und das gesagt hätten «doch, wir wollen im Kanton Zürich gewisse Bezirksstrukturen an die Hand nehmen», dann könnte ich damit leben, oder wie es heute ist mit diesen Gemeindefusionen. Wenn die Gemeinde A und die Gemeinde B heiraten wollen, war das ja auch immer so. Dann wollen zwei Ja sagen, dann soll das auch so geschehen. Und wir bereiten als Parlament diese Fusionen vor, *Tempi passati*. Und so könnte es ja auch mit den Bezirken sein. Wenn jetzt der Bezirk A und der Bezirk B das Gefühl haben «wenn wir uns zusammenschliessen, sind wir besser oder stärker oder was auch immer», dann soll man darüber diskutieren. Dann geschieht das im Einklang mit diesen Bezirken. Aber was wir da machen, ist genau das, was sie uns dann wieder einmal vorwerfen, wenn wir sagen «wer Geld gibt, soll auch bestimmen können», also sprich, wenn es um Verkehrsanliegen geht oder wenn es um finanzielle Anliegen geht und wir das ein bisschen besser handeln wollen über eine Stadt Zürich oder über eine Stadt Winterthur. Dann sind Sie die Ersten, die sagen: He, entscheidet nicht über die Köpfe der beteiligten Menschen in diesen Bezirken und diesen Städten, machen Sie das ja nicht! Und genau da geschieht es einfach, weil das wieder irgendwie eine zentralistische Forderung einer Justizdirektorin ist. Ich begreife das nicht, das können Sie als Urdemokratinnen und -demokraten in diesem Saal doch nicht irgendeinem oder mehreren Bezirken aufs Auge drücken, das geht doch gar nicht.

Ich bitte Sie, diese Initiative tatsächlich abzulehnen, und stelle hier den Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf. (*Gemäss Paragraph 73 Absatz 2 des Kantonsratsreglements werden Abstimmungen mit Namensaufruf nur durchgeführt, wenn eine Stimmabgabe über die elektronische Abstimmungsanlage nicht möglich ist.*)

Wer wie gestimmt hat, kann den Abstimmungsprotokollen entnommen werden, die beim jeweiligen Geschäft auf der Homepage des Kantonsrates veröffentlicht werden.) Denn die nächsten Wahlen, sie kommen. Und wen auch immer Sie portieren, vor allem für die Regierung: Alle Bezirke – das kann ich Ihnen aber hier schon versprechen – alle Bezirke, die sich heute schon wehren und in Abwehrhaltung gehen und sagen «wir wollen das nicht», diese Bezirke werden Sie aber ganz sicher als Regierungsperson nicht einheimsen, das kann ich Ihnen garantieren.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos) spricht zum zweiten Mal: Geschätzter Kollege Kündig, ich bin sehr glücklich, dass es einen Namensaufruf gibt. Dann wissen wir nämlich, wer zu seinem Bezirk steht und wer nicht. So einen Entscheid, den fälle ich als Volksvertreter nicht aus dem hohlen Bauch heraus. So ein Entscheid muss anders angegangen werden. Und wir wissen, dass derzeit Pläne da sind und daran gearbeitet wird, Strukturen im Kanton zu ändern, ob wir es wollen oder nicht. Interessant für mich wäre jetzt, wenn er denn den Mut hat und hierherkommt, wenn Herr Späth (*Markus Späth*) aus Andelfingen, seines Zeichens Fraktionspräsident der SP, hier der Andelfinger Bevölkerung über den Livestream – es schaut ja wahrscheinlich die ganze Bevölkerung zu (*Heiterkeit*) –, über den Livestream erklärt, warum er so etwas unterstützt und seine Gemeinde noch weiter marginalisiert.

Und ja, Jörg Kündig, ich stehe dazu, und ich gehe noch einen Schritt weiter, und das bitte nicht persönlich nehmen jetzt. Wenn ich da irgendwie deine Seele geknickt habe vorher, entschuldige ich mich natürlich, aber ich denke, wir kennen uns lange genug, dass wir uns manchmal die Meinung auch wirklich sagen können, und ich habe sie dir gesagt.

Ich habe mich wie viele Bürger in diesem Land vor einer Woche oder vor zwei Wochen – ich weiss nicht mehr genau, wie es war – vor dem Hintergrund dieses schrecklichen Kriegs in der Ukraine massiv über den Bundesrat und über unseren Bundespräsidenten aufgeregt, das habe ich, denn für mich wurde die Neutralität aufgegeben. Ja, jetzt sagen Sie «oh». Ich denke, das ist das höchste Gut eines Landes. Und dass die Strukturen alt sind, das ist so, ja. Ich denke, die Strukturen sind nicht so schlecht, und zwei Gemeindepräsidenten vonseiten SVP haben es vorher ziemlich deutlich und gut aufgezeichnet, dass es eben funktionale Räume gibt und dass es die Bezirke gibt und warum es die gibt. Wir haben einen Bezirk Dietikon, der ist ganz neu. Also man kann, wenn man will, kann man neue Bezirke schaffen. Aber noch einmal: Was ich nicht verstehe, ist, wenn hier drin Leute, die in einem Bezirk sind, der wegrationalisiert werden soll – ich sage es mal so – hier jetzt diese Initiative unterstützen und wenn die Initianten nicht einmal den Mut hatten oder das Culot, hierher zu kommen und ihre Initiative zu vertreten. Hier wird der Kanton Zürich umgegraben, was die da wollen. Es wird nicht passieren, nein, aber es macht enorm viel Unruhe, und das in einer Zeit, in der wir nicht genügend Behördenmitglieder haben, in der auch in einer kleinen Gruppe – da wurde gesagt, ja dann können wir es in einer kleinen Gruppe diskutieren – die Zeit nicht da ist, um sie für – ich sage es – so einen Unsinn, wie er da daherkommt

– nicht alles, was da drin ist, aber das in globo –, für so einen Unsinn, für so eine Stümperhaftigkeit aufzuwenden. Bitte versenken Sie diese Initiative.

Alex Gantner (FDP, Maur) spricht zum zweiten Mal: Noch ganz kurz zum Abschluss, ich frage mich wirklich: Was ist der Mehrwert dieser Behördeninitiative, und davon, dass jetzt wirklich ein ganzer Prozess in Gang gesetzt wird? Wir haben wirklich andere Prioritäten hier im Kanton Zürich. Ich glaube einfach, dass die Classe politique, jetzt vor allem vertreten auch durch die Personen von den Gemeinden, dass die einmal mehr abhebt. Da werden Probleme bewirtschaftet, die wirklich in der Bevölkerung überhaupt keine Probleme sind. Es wird eine Vernehmlassung geben, die alle beschäftigen wird. Da werden wieder Ressourcen investiert, und das ist jetzt wirklich eine Unzeit dazu. Ich habe sie vorhin in meinem ersten Votum auch erwähnt, die ganzen Prozesse im Zusammenhang mit dem Gemeindegesetz, das erst seit ein paar Jahren in Kraft ist. Und ich möchte wirklich auch nochmals auf das Votum von Kollege Stefan Schmid bezüglich der Einheit der Materie hinweisen, und da hoffe ich sehr, dass der Regierungsrat, der dem Kantonsrat ja auch einen Antrag über die Gültigkeit stellen wird, diesen Bereich oder dieses Thema «Einheit der Materie» ganz genau anschaut, der gesamte Regierungsrat und nicht die JI oder sonst irgendjemand. Die JI ist in diesem ganzen Thema schon völlig befangen. Also das ist meine Erwartung und meine Bitte an den gesamten Regierungsrat. Besten Dank.

Hans Finsler (SVP, Affoltern a. A.): Als Knonauerämter habe ich einmal mehr Gelegenheit festzustellen, dass der südlichste Bezirk im Kanton im übrigen Kanton gerne vergessen wird, denn er findet in der vorliegenden Behördeninitiative und bis jetzt auch in der Diskussion schlicht keine Erwähnung. Sodann muss ich weiter feststellen, dass aus Sicht des Knonaueramts eine zeitgemässe Organisation nicht darin bestehen würde, dass man Bezirke zusammenlegt oder anders aufteilt und Zweckverbände und Planungsgremien über neue Grenzen legt, sondern dass man die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen – der Bezirk Affoltern grenzt an zwei Nachbarkantone – insbesondere mit Zug, aber auch in zweiter Linie sicher mit Aargau deutlich intensivieren müsste. Das wäre aus unserer Sicht eine zeitgemässe Organisation des Kantons. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich kann sagen, ich habe mich bestens unterhalten gefühlt hier hinten, vielleicht auch, weil ich Städter und nicht direkt betroffen bin; man kann es nehmen, wie man es will. Da kommt hier eine SVP, verteidigt quasi alte Strukturen, die auf einem Mediationsakt von einem fremden Herrscher, Napoleon, beruhen – ich weiss, ich vereinfach hier gerade die Geschichte –, und beruft sich gleichzeitig auf die Gemeindevertreter und auf das Volk, dass man darauf hören soll und man dementsprechend diese Vorlage unbedingt ablehnen sollte. Ob Sie sich damit unbedingt auf das Volk berufen sollten mit Blick auf Glarus, dass dieses gleicher Meinung wäre, ist fraglich, vielleicht wäre dieses Vorgehen viel innovativer. Vielleicht brauchen wir auch zuerst einen Anruf bei Emmanuel Macron (*französischer Präsident*), wieder einem fremden Herrscher,

damit sich hier was bewegt. Auf jeden Fall verteidigen sie hier mit Händen und Füßen alte Strukturen, Kleinstrukturen, und verweigern sich nur schon deren grundlegenden Überprüfung. Wo ich mich schon frage: Es geht hier ja noch nicht um eine konkrete Vorlage, es werden Ideen skizziert. Und auch eine Kommission muss nicht die ganze Zeit besetzt sein, auch der Regierungsrat nicht, dies kann durchaus als Auftrag anders wohin gegeben werden. Es kann auch weiter überdenkt werden. Aber es soll ein Denkaufruf sein. Und ja, auch die AL Limmattal, die Alternative Liste Limmattal hat bereits in der Vergangenheit solche Gedanken lanciert, nämlich die Idee, Dietikon zu einer gemeinsamen Limmatstadt zu machen, quasi hier eine Anpassung der Strukturen vorzunehmen. Doch ob es das Gelbe vom Ei ist, nun ja, das will ich nicht beurteilen, ich bin auch nicht von dort. Aber es gab auch dort erstaunlich positives Feedback zur Limmatstadt, zu dieser Idee. Also verschliessen wir uns hier nicht solche Ideen. Jedes Unternehmen – und viele, die das hier ablehnen, nehmen ja für sich in Anspruch, Unternehmer zu sein – ist organisatorisch flexibler und strukturiert viel flexibler um oder überprüft solche Ideen zumindest. Nehmen Sie daher diese Vorlage an und seien Sie nicht so verschlossen, mit Scheuklappen gegenüber solch einer Überprüfung. Besten Dank.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Auch hier wurde der Bezirk Dietikon vergessen, wie auch Affoltern. Ich weiss nicht, was ihr wirklich für Probleme habt, ich weiss es wirklich nicht. Das, was ihr hier anstösst, das sind keine Probleme. Ihr wollt etwas ändern, das kein Problem ist. Lasst es so, wie es ist, ihr macht nichts anderes als eine Problembewirtschaftung für etwas, das kein Problem ist. Und wenn ich dann Manuel Sahli höre, was er sagt: Wisst ihr, was das ist? Das sind Machtgelüste, das ist Grössenwahn, wir kennen das. Das sind die Probleme, die wir haben. Und das ist das grosse Problem. Lehnt es ab. Das ist auch für eure Wähler etwas Positives. Danke.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Behördeninitiative KR-Nr. 376/2021 stimmen 75 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht worden. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die Behördeninitiative wird an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.